

© DRSC e.V. || Zimmerstr. 30 || 10969 Berlin || Tel.: (030) 20 64 12 - 0 || Fax.: (030) 20 64 12 - 15
www.drsc.de - info@drsc.de

Diese Sitzungsunterlage wird der Öffentlichkeit für die FA-Sitzung zur Verfügung gestellt, so dass dem Verlauf der Sitzung gefolgt werden kann. Die Unterlage gibt keine offiziellen Standpunkte der FA wieder. Die Standpunkte der FA werden in den Deutschen Rechnungslegungs Standards sowie in seinen Stellungnahmen (Comment Letters) ausgeführt.
Diese Unterlage wurde von einem Mitarbeiter des DRSC für die FA-Sitzung erstellt.

Gemeinsamer FA – öffentliche SITZUNGSUNTERLAGE

Sitzung:	20. Gem. FA / 30.04.2020 / 15:00 – 17:00 Uhr
TOP:	10 – Kommissionsvorschlag zur Änderung der CSR-Richtlinie
Thema:	Inhalt des Kommissionsvorschlags
Unterlage:	20_10a_Gem-FA_NFRD II



- Diese Unterlage enthält Informationen zum Legislativ-Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der folgenden EU-Rechtsakte in den genannten Artikeln:
 - Artikel 1: Bilanz-RL (2013/34/EU), (i.F. „B-RL“),
 - Artikel 2: Transparenz-RL (2004/109/EU), (i.F. „T-RL“),
 - Artikel 3: Abschlussprüfer-RL (2006/43/EC),
 - Artikel 4: Abschlussprüfer-VO (537/2014).
- Die Artikel 5 bis 8 behandeln Umsetzung, Erstanwendung, Inkrafttreten und Adressaten.
- Der Fokus der Unterlage liegt auf Themen der Berichterstattung.
- Die Unterlage enthält ferner die Hauptaussagen aus dem Abschlussbericht an das BMJV vom Januar 2021 (CSR-Studie) und weitere DRSC-Positionen zur EU-Konsultation zur NFRD II (Juni 2020)

EN

EN



Brussels, 21.4.2021
COM(2021) 189 final
2021/0104 (COD)

Proposal for a
DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL
amending Directive 2013/34/EU, Directive 2004/109/EC, Directive 2006/43/EC and
Regulation (EU) No 537/2014, as regards corporate sustainability reporting

(Text with EEA relevance)
{SEC(2021) 164 final} - {SWD(2021) 150 final} - {SWD(2021) 151 final}

- Begriffe und Definitionen
- Geltungsbereich
- Berichtsort/Adressaten/Wesentlichkeit
- Zu berichtende Inhalte
- Standardsetzung (inkl. Zeitleisten)
- Elektronische Berichterstattung
- Offenlegung und Corporate Governance
- Prüfung der Nachhaltigkeitsinformationen
- Enforcement und Sanktionierung
- Abschlussprüfer-RL und Abschlussprüfer-VO

EN

EN

Begriffe und Definitionen

CSRD – Corporate Sustainability Reporting Directive

Sustainability reporting

- „Non-financial statement“
- Deutsche Übersetzung
 - Nachhaltigkeitsberichterstattung?
 - Nachhaltigkeitsinformationen?

Artikel 19a B-RL

Information über Sustainability matters

Environmental

- Z.B. Klima

Social

- Z.B. Arbeitnehmer, Menschenrechte

Governance

- Z.B. Anti-Korruption

Intangible assets

- Nicht-physische Ressourcen, die zur Wertschöpfung durch das Unternehmen beitragen

I.F. „Nachhaltigkeitsaspekte“, Anknüpfung an „Nachhaltigkeitsfaktoren“ gem. EU-SFDR

Art. 19a B-RL

Große Unternehmen

- Bilanz/Umsatz/Beschäftigte (20 Mio., 40 Mio., 250)
- Kapitalmarktorientierung irrelevant

Kapitalmarktorientierte KMUs

Art. 29a B-RL

Mutterunternehmen großer Konzerne

- Bilanz/Umsatz/Beschäftigte (20 Mio., 40 Mio., 250)
- Kapitalmarktorientierung irrelevant

Art. 1 B-RL (Art. 19a, 19d usw. „gilt auch für“)

Versicherungsunternehmen

- Anwendungsbereich der Versicherungs-Bilanz-RL (Art. 2 Abs. 1 VB-RL)

Kreditinstitute

- Gem. CRR-Definition
- Mögl. Ausnahmen siehe Art. 2 Abs. 5 CRD IV (2013/36) (Ausschlussliste)

Art. 4 T-RL (Jahresfinanzberichte)

Unternehmen im Scope der Transp-RL

- Soweit sie die in Art. 19a bzw. 29a genannten Unternehmen betreffen
- ErwGr 19: *„all undertakings with securities listed on regulated markets, including third country issuers, fall under the same sustainability reporting requirements“*

Beachte: §114 WpHG!

- Ausweitung von ca. 11.600 Unternehmen auf 49.000 (Schätzung der Kommission)
- Deutschland: Ausweitung auf ca. 15.000 Unternehmen (vorläufige DRSC-Schätzung lt. BMJV-Abschlussbericht)

Befreiungen und Erleichterungen

Befreiung durch Einbezug (Art. 19a Abs. 7 B-RL)

- Einbezug in den konsolidierten Lagebericht (oder äquivalenten Lagebericht) eines Mutterunternehmens, welches diesen gem. Art. 29 und 29a erstellt und dabei Art. 19b beachtet (Nachhaltigkeits-Berichtsstandards)
- Weitere Formalia zu beachten (z.B. Offenlegung)

Unabhängigkeit der Befreiung von der Konsolidierung (Art. 23 B-RL)

- Pflicht zur konsolidierten Nachhaltigkeitsberichterstattung eines Mutterunternehmens kann trotz Befreiung von konsolidierter Finanzberichterstattung bestehen
 - Oberstes Mutterunternehmen sitzt außerhalb der EU
 - Stellt Konzernabschluss/-lagebericht nach EU-Recht auf bzw. entsprechendes Äquivalent
 - Erstellt jedoch keine konsolidierte Nachhaltigkeitsberichterstattung gem. Art 29a (s.a. Explanatory Memorandum, S. 14)

Berichtspflicht kapitalmarktorientierte KMU (Art. 19a Abs. 1 B-RL)

- Ab 1. Januar 2026 (Art. 19a Abs. 1 B-RL); dürfen separate KMU-Berichtsstandards anwenden
- (für alle anderen Unternehmen: Geschäftsjahre, die am 1. Januar 2023 oder später beginnen)

256 Das DRSC spricht zum Geltungsbereich die folgende Handlungsempfehlung aus:

Dem BMJV wird empfohlen, für den Fall einer gewünschten Ausweitung des Geltungsbereichs

- vorrangig eine **Aufgabe des Kapitalmarktkriteriums**

zu prüfen und in die europäische Diskussion einzubringen. Erst in zweiter Linie regt das DRSC an,

- eine **Absenkung der Mitarbeiterzahl auf** die ansonsten in der Bilanzrichtlinie für große Kapitalgesellschaften genannte Mitarbeiterzahl von **250** zu prüfen.

Berichtsort

Lagebericht (ohne Ausnahme)

- Keine Einschränkung bzgl. Veröffentlichungsform (separater Abschnitt vs. integriert)

Adressaten*

Investoren

- Verständnis über nachhaltigkeitsbedingte Risiken und Chancen ihrer Investments
- Verständnis über Auswirkungen ihrer Investments auf Menschen und Umwelt

NGOs, Gewerkschaften, Sozialpartner, Sonstige ...

- ...wollen Unternehmen verstärkt für die Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf Mensch und Umwelt zur Verantwortung ziehen.

*so erläutert im *Explanatory memorandum*, S. 2

DRSC-Position (CSR-Studie) zur Verortung

284 Das DRSC spricht zu Verortung und Veröffentlichung der Berichterstattung die folgende Handlungsempfehlung aus:

Dem BMJV wird empfohlen,

- eine Vereinheitlichung der Veröffentlichungsform durch **Vorgabe einer Offenlegung im Bundesanzeiger** zu prüfen,
- die **geschlossene Darstellung der nichtfinanziellen Informationen** ins Zentrum der Diskussion zu stellen und zudem
- die **Verortung** der nichtfinanziellen Erklärung **innerhalb des Lageberichts weiterhin nicht zwingend** vorzuschreiben.

291 Historisch gesehen ist der Lagebericht in erster Linie ein Medium der Kommunikation haftungsbeschränkter Unternehmen gegenüber deren Kapitalgebern und daher primär an deren Informationsbedürfnissen ausgerichtet. Sofern der Lagebericht diese Aufgabe konzeptionell weiterhin erfüllen soll, könnte eine Vorgabe über den Ort der nichtfinanziellen Berichterstattung dazu führen, dass Informationen in den Lagebericht aufgenommen würden, die für die Entscheidungen der Kapitalgeber irrelevant sind und damit dem Grundsatz der Wesentlichkeit zuwiderlaufen.¹¹⁶

Berichtsort/Adressaten/Wesentlichkeit

Art. 19a Abs. 1 B-RL: Doppelte Wesentlichkeitsperspektive (= ODER)

Outside-in

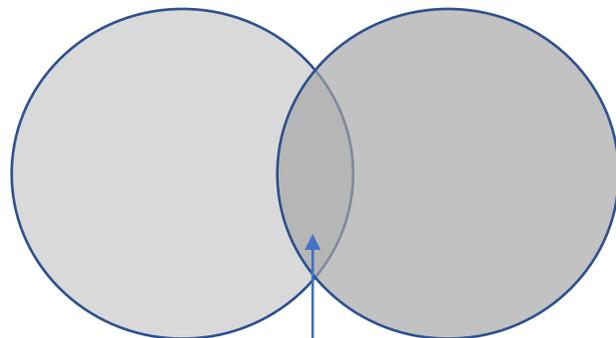
- Information, die notwendig ist für das Verständnis von **Auswirkungen der Geschäftstätigkeit auf Nachhaltigkeitsaspekte**



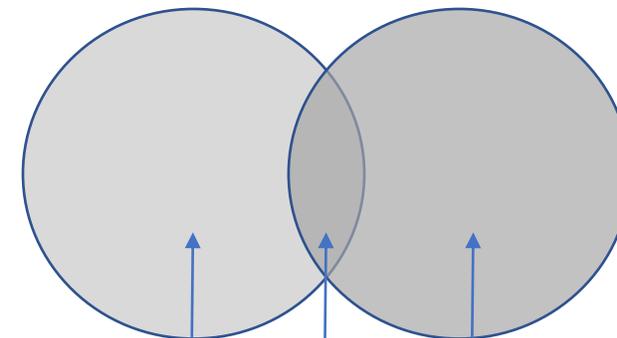
Inside-out

- Information, die notwendig ist für das Verständnis von **Auswirkungen der Nachhaltigkeitsaspekte auf Entwicklung, Ertragslage, Vermögenslage**

➔ Information, die notwendig ist für das Verständnis von Auswirkungen der Geschäftstätigkeit ... ODER ... der Auswirkungen [...] auf [...] ➔



➔ Explizite Konkretisierung



DRSC-Position (CSR-Studie) zum Thema Wesentlichkeit/Relevanz

372 Das DRSC spricht zu Relevanz und Wesentlichkeit in der nichtfinanziellen Unternehmensberichterstattung die folgende Handlungsempfehlung aus:

Dem BMJV wird empfohlen,

- **auf eine Klarstellung** der Ausführungen in der Bilanzrichtlinie in Bezug auf den Grundsatz der Wesentlichkeit **in Richtung einer Oder-Verknüpfung zu drängen,**
- **eine Ergänzung des Wesentlichkeitsgrundsatzes um das** ihm sachlogisch vorgelegerte **Prinzip der Relevanz anzuregen** sowie
- im Kontext der nichtfinanziellen Berichterstattung auch die **Forderung nach Nullaussagen bzw. Fehlanzeigen zu thematisieren,** allerdings nur dort, wo diese der Klarheit und Verständlichkeit der Informationsvermittlung dienen.

Artikel 19a Abs. 2 B-RL

a) Geschäftsmodell & Strategie

„including:“

- Widerstandsfähigkeit gegen Nachhaltigkeitsrisiken
- Nachhaltigkeitsbezogene Chancen
- Pläne zur Transition/Anpassung
 - Nachhaltige Wirtschaft
 - 1,5°-Ziel (Paris)
- Einbezug Stakeholder/-interessen
- Einbezug der eigenen Auswirkungen
- Strategie-Implementierung in Bezug auf Nachhaltigkeitsaspekte

b) Ziele und d) Maßnahmen

- Beschreibung Nachhaltigkeitsziele, Grad Zielerreichung
- Maßnahmen (*policies*)

c) Rolle der Organe

- Bzgl. der Nachhaltigkeitsfaktoren

e.i) Due-Diligence Prozesse

Definition in ErwGr 27 CSRD:

- „Prozess mit dem Ziel, negative Auswirkungen bzw. Risiken negativer Auswirkungen auf Nachhaltigkeitsfaktoren zu
 - identifizieren, minimieren und zu verhindern“
- über gesamte Wertschöpfungskette

e.ii) Auswirkungen

- Wesentliche bestehende oder potenzielle negative Auswirkungen bzgl. der Wertschöpfungskette
 - Eigene Geschäftstätigkeit, Produkte, Dienstleistungen
 - Geschäftsbeziehungen inkl. Lieferkette

Zu berichtende Inhalte



DRSC

Artikel 19a Abs. 2 B-RL

e.iii) Gegenmaßnahmen

- Beschreibung jeglicher Maßnahmen zur Prävention, Abschwächung, Beseitigung negativer Auswirkungen
- Ergebnisse dieser Maßnahmen

f) Risiken

- Beschreibung wesentlicher Risiken für das Unternehmen bzgl. der Nachhaltigkeitsaspekte
- Abhängigkeit des Unternehmens von diesen Risiken
- Handhabung dieser Risiken

g) Leistungsindikatoren...

- ... zu den Punkten a) bis f)

Unterabsatz 2

- Information zu *intangibles*
- Z.B. geistiges Eigentum, Humankapital, *social capital*, *relationship capital*

Unterabsatz 3

- Prozess zur Identifikation der Berichtsinhalte unter Abs. 1

Zu berichtende Inhalte

Eigenschaften der Nachhaltigkeitsinformationen: Artikel 19a Abs. 2, 3 und 4 B-RL



Zu berichtende Inhalte



Bezüge und Exit-Klausel: Artikel 19a Abs. 3 Ua* 3 & 4 B-RL

Konnektivität mit Abschluss und Lagebericht

- Verweise auf andere Angaben im Lagebericht und Beträge im Abschluss, jeweils mit Erläuterungen

Weglassen von Informationen

- In Ausnahmefällen bei drohendem Schaden für das Unternehmen (analog zu aktueller Regelung)

*Unterabsatz

Zu berichtende Inhalte



DRSC-Position (CSR-Studie) zum Umfang der berichtspflichtigen Aspekte / Konzeptangaben

312 Das DRSC spricht zum Umfang der berichtspflichtigen Aspekte sowie der Angaben zu Konzepten die folgende Handlungsempfehlung aus:

Dem BMJV wird empfohlen,

- für die Überarbeitung der CSR-Richtlinie v.a. auf eine **Präzisierung der Vorschriften** in Bezug auf **Konzepte** (einschl. deren Ergebnisse) sowie zu **Due-Diligence-Prozessen** zu drängen und diesbezüglich
- **im europäischen Konsultationsprozess für eine Übernahme der entsprechenden Inhalte von DRS 20 als Pflichtbestandteil in der Richtlinie** zu werben.

DRSC-Position (CSR-Studie) zur Berichterstattung über Risiken i.Z.m. Nachhaltigkeit

- 332 Das DRSC spricht zur Berichterstattung über nichtfinanzielle Risiken die folgende Handlungsempfehlung aus:

Dem BMJV wird empfohlen,

- aufgrund der gestiegenen Bedeutung der Risikoberichterstattung auf eine **Definition des Begriffs „Risiko“** als „negative Abweichung von einer Zielgröße“ **in Art. 2 der Bilanzrichtlinie** zu drängen,
- sich für eine Präzisierung des Begriffs der *Inside-out*-Risiken einzusetzen und die nichtfinanzielle **Risikoberichterstattung in der Richtlinie unmissverständlich als zweiseitige Berichterstattung zu benennen,**
- sich für eine **Absenkung der Eingangshürde für die Berichterstattung** von „sehr wahrscheinlich“ **auf „wahrscheinlich“ einzusetzen,** es bei den Folgen jedoch bei „schwerwiegenden negativen Auswirkungen“ zu belassen und
- für die Berichterstattung den **Fokus auf die Darstellung der Art der Risiken,** der vom Unternehmen zu deren Eindämmung beschlossenen **und der tatsächlich getroffenen Maßnahmen sowie deren Zielerreichung zu legen.**

DRSC-Position (CSR-Studie) zu Leistungsindikatoren

357 Das DRSC spricht zur Berichterstattung über die bedeutsamsten nichtfinanziellen Leistungsindikatoren die folgende Handlungsempfehlung aus:

Dem BMJV wird empfohlen,

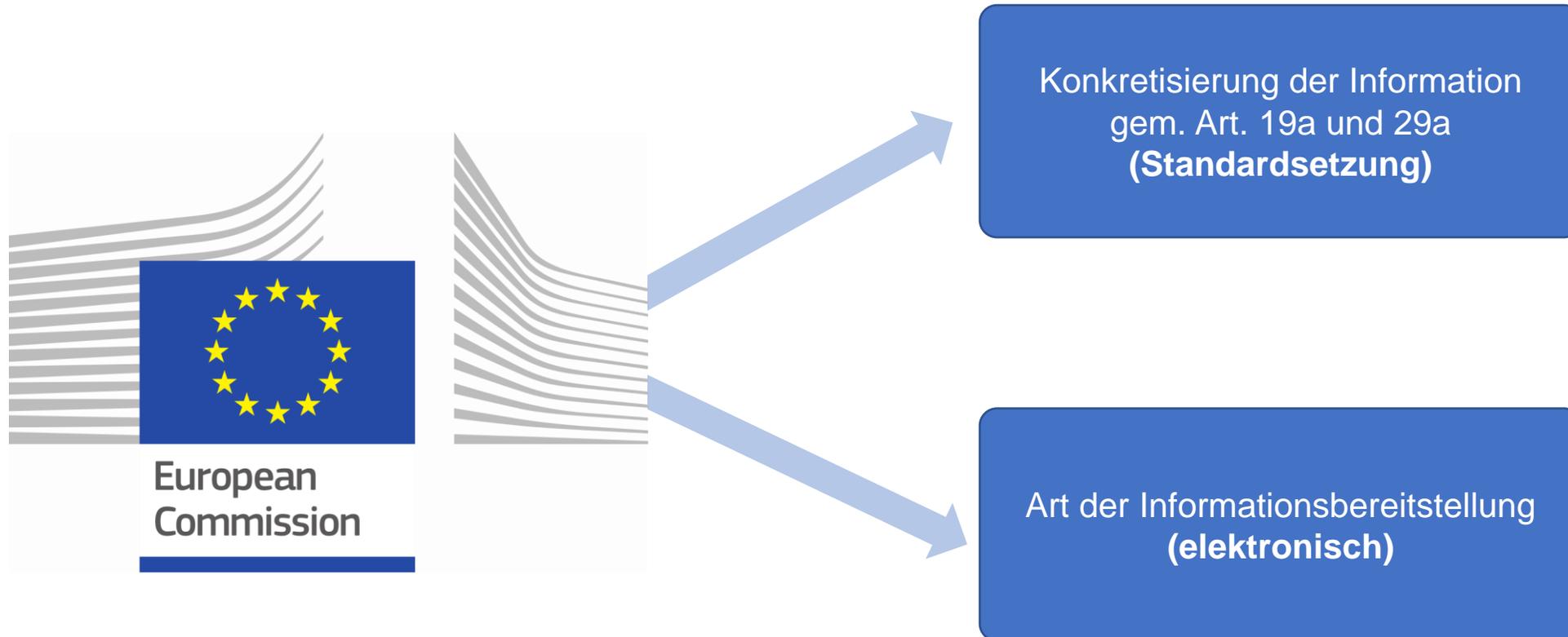
- eine **verpflichtende Angabe von KPI** aus Gründen der Vergleichbarkeit über die Zeit und zwischen Unternehmen immer gegen den Grundsatz der Relevanz **abzuwägen**,
- **bestimmte, im öffentlichen Interesse stehende** (und idealerweise international bereits etablierte) **KPI** schon im Rechtsakt selbst **als relevant zu fingieren** und von allen Unternehmen einzufordern, **deren Anzahl aber auf einen Mindestsatz zu begrenzen** sowie
- sich für eine **Erwägung branchenspezifischer Leistungsindikatoren** einzusetzen.

Vor dem Hintergrund der bestehenden Anforderungen nach § 289 Abs. 3 HGB wird ihm ferner empfohlen,

- eine **Vorgabe zu berichtender KPI, die als nicht steuerungsrelevant angesehen werden**, auf die vorstehend genannten Fälle **zu begrenzen**, um nicht in die etablierte Kapitalmarktkommunikation einzugreifen.

Standardsetzung (Art. 19b Abs. 2 B-RL)

KOM-Ermächtigungen (Art. 19b, Art. 19c B-RL) zum Erlass delegierter Rechtsakte



Standardsetzung (Art. 19b Abs. 2 B-RL)

Inhaltliche Rahmenvorgaben

Eigenschaften	verständlich	relevant	<i>representative</i>	nachprüfbar	vergleichbar	<i>faithful manner</i>
----------------------	--------------	----------	-----------------------	-------------	--------------	------------------------

Inhalte „including“	E	S	G
	<ul style="list-style-type: none">• Klimaschutz• Anpassung an den Klimawandel• Wasser und Meeresressourcen• Ressourcennutzung und Kreislaufwirtschaft• Umweltverschmutzung• Biodiversität und Ökosysteme <p>Analog zur EU-Tax-VO</p>	<ul style="list-style-type: none">• Gleichberechtigung, z.B. Gender, Personen mit Behinderungen• Arbeitsbedingungen, z.B. Sicherheit, Vergütung, Dialog, Work-Life-Balance• Menschenrechte, Grundrechte, demokratische Prinzipien, Standards (z.B. ILO, Menschenrechts-Charta) etc.	<ul style="list-style-type: none">• Rolle der Organe, insb. bzgl. Nachhaltigkeitsfaktoren• Geschäftspraktiken,-kultur, Anti-Korruption• Politisches Engagement inkl. Lobby-Aktivitäten• Beziehungen zu Geschäftspartnern• IKRM-Systeme, auch bzgl. Berichtsprozess

Standardsetzung (Art. 19b Abs. 3 B-RL)



Weitere Rahmenvorgaben - „*Commission shall take account of*“

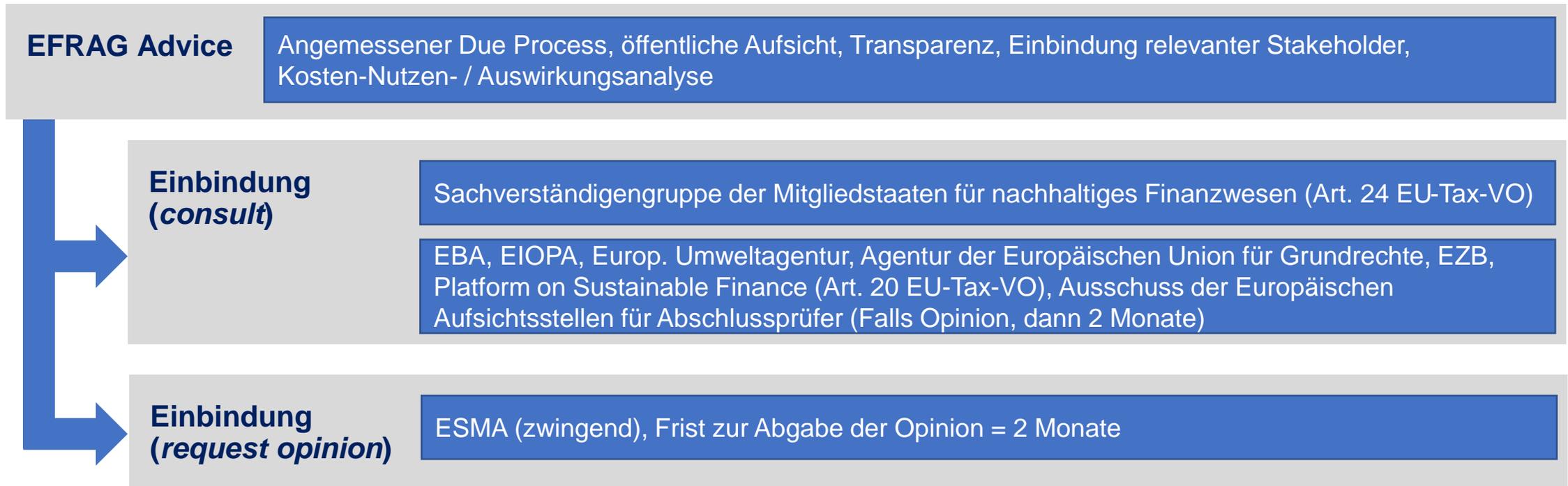
Existierende globale Standards/Rahmenwerke	Sustainability Reporting, natural capital accounting, verantwortungsvolle Unternehmenspraxis ErwGr 37: GRI, SASB, IIRC, TCFD, CDSB, CDP, „Standards developed under the auspices of IFRSF“
Informationsbedürfnisse d. Finanzmarktteiln.	SFDR + RTSs (z.B. DNSH, Bewertung ökol. Merkmale in Prospekten)
Tax-VO	Kriterien der delegierten Rechtsakte (Technische Bewertungskriterien)
Referenzwerte-VO (RefW-Administratoren)	Transparenz über Berücksichtigung von ESG bei RefWert-Ermittlung
Weitere	CRR, Emissionshandels-RL, EMAS, KOM-Empfehlung zu Messung der Umweltleistung

Standardsetzung (Art. 19b Abs. 1, Ua 2 B-RL)

Mandatierung EFRAG



Prozessuale Rahmenvorgaben (Art. 49 B-RL)



Kapitalmarktorientierte KMU (Art. 19c B-RL)

Berichtspflicht kapitalmarktorientierte KMU (Art. 19a Abs. 1 B-RL)

- Ab 1. Januar 2026 (Art. 19a Abs. 1 B-RL); dürfen (*may*) separate KMU-Berichtsstandards anwenden (Art. 19a Abs. 5 B-RL)

Grundlagen

- Inhaltliche Vorgaben in Art. 19a
- Berichtsstandards gem. Art. 19b
- Kriterien/Vorgaben für diese Standards (siehe vorherige Folien)

“proportionate to the capacities and characteristics of small and medium-sized undertakings”

Sustainability reporting standards for SMEs

Standardsetzung



DRSC

Zeitleisten



Entwicklung Core-Standards

Advanced-Standards, KMU Standards

...



Working group, „Klima-Prototype“

Sustainable Reporting Standards Board

DRSC-Position zur Standardsetzung (CSR-Studie)

393 Das DRSC spricht zur Standardisierung die folgende Handlungsempfehlung aus:

Dem BMJV wird empfohlen,

- die **Vergleichbarkeit** für Informationen **nicht losgelöst vom Kriterium der Relevanz** der Information für die Adressaten zu betrachten,
- sich für den Fall einer Standardisierungsvorgabe in der Richtlinie für den **Rückgriff auf globale Rahmenwerke und für branchenspezifische Standards** einzusetzen,
- sich für den Fall der Einführung einer eigenständigen europäischen Standardisierung nachdrücklich dafür einzusetzen, dass diese auf die **Sondierung von Metriken zur Erfüllung europaspezifischer Level-1-Normen beschränkt** wird,
- sich für den Fall der Einführung einer eigenständigen europäischen Standardisierung nachdrücklich dafür einzusetzen, dass etwaige **Aktivitäten nicht auf die Rechnungslegung/Finanzberichterstattung übergreifen** und
- i.S.d. Grundsatzes der Informationsabstufung nach Art und Größe des Unternehmens für die **Nutzung vereinfachter Rahmenwerke** insbesondere für jene Unternehmen **zu werben**, die bei einer möglichen Ausweitung des Geltungsbereichs zur Berichterstattung herangezogen würden.

DRSC-Position zum KMU-Standard (KOM-Konsultation NFRD II)

Question 13. In your opinion, would it be useful for there to be a simplified standard and/or reporting format for SMEs?

- Yes
- No
- Don't know / no opinion / not relevant

Question 14. To what extent do you think that a simplified standard for SMEs would be an effective means of limiting the burden on SMEs arising from information demands they may receive from other companies, including financial institutions?

- Not at all
- To some extent but not much
- To a reasonable extent
- To a very great extent
- Don't know / no opinion / not relevant

Q13: For the reasons given in the consultation document we strongly support simplifications for SMEs. Nevertheless, we reject a separate non-financial reporting standard for SMEs. The non-financial reporting requirements should apply in a graduated manner, i.e. SMEs would be exempted from certain requirements and thus benefit from relief.

Q14: Our assessment results on the one hand from the use of the expression "simplified standard for SMEs", which we understand as a separate reporting standard for SMEs, which we reject. On the other hand, less stringent requirements will only result in simplification for SMEs if companies that must comply with the full requirements do not pass on their reporting burden to SMEs that are part of their supply chain or that receive financing from banks, for example.

Q15: In this question, too, there is no mention of simplifications, but of a separate SME standard, which we reject. We therefore do not agree to its mandatory application. On the other hand, we would agree to simplified disclosure requirements for SMEs in the meaning described above, i.e. these should then be mandatory.

DRSC-Position zur Einbindung (KOM-Konsultation NFRD II)

Frage 17/18. Einbindung welcher Stakeholder?

	1 (not at all)	2 (to some extent but not much)	3 (to a very reasonable extent)	4 (to a very great extent)	N.A.
Investors	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Preparers	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Auditors/accountants	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>

Q17: We believe that the interim step towards a comprehensive set of reporting standards that take into account the interests of both financial and non-financial stakeholders in a balanced manner should be taken in stages and by concentrating on providers of capital first for two reasons: Firstly, this group is less heterogeneous in their information demands, which promises a quicker achievement of this milestone. Secondly, we strongly believe that the interests of non-financial stakeholders will also be captured to a certain extent when focussing on capital providers.

	1 (not at all)	2 (to some extent but not much)	3 (to a very reasonable extent)	4 (to a very great extent)	N.A.
Civil society representatives/NGOs	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Academics	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>

Q18: From a German perspective, employees form one of the other stakeholders to be involved in the development of non-financial reporting standards. This is due to the co-determination rights of employees in important corporate decisions, which is established in German law. However, we assume that employees are to be understood as falling under "civil society/NGOs". Otherwise, we would name them in question 18.2 and give them a weighting of 3.

DRSC-Position zur Einbindung (KOM-Konsultation NFRD II)

Frage 19/20. Einbindung welcher Behörden etc.?

	1 (not at all)	2 (to some extent but not much)	3 (to a very reasonable extent)	4 (to a very great extent)	N.A.
European Securities Markets Authority (ESMA)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
European Banking Authority (EBA)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
European Central Bank (ECB)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
European Environment Agency (EEA)	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Platform on Sustainable Finance	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Q19: The supervisory authorities, including the ECB, are undoubtedly technically very well placed to contribute to standard setting. However, we strongly believe that the setting of standards should be kept separate from their enforcement.

Q20: We have weighted the environmental authorities low for two reasons: Firstly, the term "environmental authorities" is too unspecific. Secondly, environment is only one of the minimum five aspects to be reported under the NFRD. Therefore, a preference of environmental authorities vis-à-vis other organisations does not seem appropriate.

	1 (not at all)	2 (to some extent but not much)	3 (to a very reasonable extent)	4 (to a very great extent)	N.A.
National accounting standards-setters	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>
Environmental authorities	<input type="radio"/>	<input checked="" type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Elektronische Berichterstattung (Art. 19d B-RL)



Betrifft Jahres- / Konzernabschluss sowie (Konzern-) Lagebericht

Unternehmen im Geltungsbereich von Art. 19a und Art. 29a (B-RL)

- Einheitliches elektronisches Format gem. Art. 3 ESEF-VO („*prepare*“)

Artikel 3

Einheitliches elektronisches Berichtsformat

Emittenten haben ihre gesamten Jahresfinanzberichte im XHTML-Format zu erstellen.

„***shall mark-up***“ (d.h. etikettieren)

- Nachhaltigkeitsberichterstattung
 - inkl. der Taxonomie-Quoten (Umsatz, CapEx, OpEx)



ESAP (ErwGr 48 CSRD)

ErwGr 48: Digitales Kategoriensystem / Taxonomie für Nachhaltigkeitsberichterstattung im Zuge der Standardsetzung*

*siehe Q&A-Dokument, Bestandteil des Dokumentenpakets auf der EU-Webseite

Offenlegung (Art. 30 B-RL)

- Grundsätzlich 12 Monate nach Abschlussstichtag
- Geltungsbereich T-RL: Amtlich bestelltes System gem. Art. 21 Abs. 2 T-RL
- Alle anderen Fälle: vom Mitgliedstaat amtlich bestelltes System

*Unternehmensregister /
Bundesanzeiger*

Organverantwortung

- Erklärung gem. Art. 33 B-RL
 - Unternehmen hat gemäß EU-Standards für die Nachhaltigkeitsberichterstattung berichtet
 - Unternehmen hat im geforderten digitalen Format berichtet
- Aufgabe des Prüfungsausschusses (Art. 39 Abs. 6 Abschlussprüfer-RL)
 - Umfängliche Einbettung der Nachhaltigkeitsberichterstattung

Prüfung der Nachhaltigkeitsinformationen



Art. 34 Abs. 1 B-RL

Prüfungsgegenstand

- Compliance der Nachhaltigkeitsberichterstattung mit Art. 19b B-RL (Standards)
- Prozess zur Identifikation der gem. der Standards berichteten Information
- Etikettierung gem. Art 19d B-RL
- Taxonomie-Quoten (Umsatz, CapEx, OpEx)

Prüfungsniveau

- **Limited assurance**
- *Reasonable assurance* vorbehaltlich der Festlegung spezifischer Prüfungsstandards durch die KOM (del. Rechtsakte) (Art. 26a AP-RL, siehe Q&A der KOM)

408 Das DRSC spricht zu einer Prüfungspflicht die folgende Handlungsempfehlung aus:

Dem BMJV wird empfohlen,

- sich auf europäischer Ebene für die Einführung einer **Prüfungspflicht in Stufen** einzusetzen, dabei für den Fall der Einführung einer Prüfungspflicht zunächst eine **prüferische Durchsicht** vorzusehen und dieses **Prüfungsniveau nach einigen Jahren zu evaluieren** und ggf. in Richtung einer Prüfung mit hinreichender Sicherheit anzupassen; sowie
- sich im Falle einer Ausweitung des Geltungsbereichs der CSR-Richtlinie auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass eine Prüfungspflicht für **erstmalig in den Anwendungsbereich** der Norm fallende Unternehmen **zeitlich verzögert eingeführt wird**, um die für eine Prüfung erforderlichen Prozesse, Kontrollen und Systeme aufbauen zu können.

Nicht-kapitalmarktorientierte Unt.

- Enforcement weiterhin durch Mitgliedstaaten (ErwGr 97 CSRD)
- Neu: Sanktionen in Art. 51 B-RL, z.B.
 - Veröffentlichung von Verstößen
 - Vorgaben zur Festsetzung von Bußgeldern (z.B. Schwere des Schadens)

Kapitalmarktorientierte Unternehmen

- Enforcement weiterhin durch nationale Behörden
- **ESMA**: Leitlinien für nationale Behörden, um die aufsichtliche Konvergenz der Nachhaltigkeitsberichterstattung zu fördern (Art. 28d T-RL)

Abschlussprüfer-RL und Abschlussprüfer-VO



Kurzer Überblick

Abschlussprüfer-RL

- Generelle Einbettung der Nachhaltigkeitsberichterstattung (Art. 1 Gegenstand)
- Änderung u.a. Art. 6 (Ausbildung), Art. 7 (Prüfung der beruflichen Eignung)
- Neu u.a. Art 26a *Assurance standards for sustainable reporting* (KOM-Ermächtigung)

Abschlussprüfer-VO

- Änderung Art. 5 (Verbot der Erbringung von Nichtprüfungsleistungen): Aufnahme Nachhaltigkeitsberichterstattung